

**Die Linke**

Landesverband  
Saar

# Antragsheft

1. Tagung des Landesausschusses 2025  
03.12.2025 Tagungsraum Robinsendorf  
Neunkirchen

## 3 Antragsheft

### 4 I. Tagung des Landesausschusses 2025 – 3. Dezember 2025 Tagungsraum 5 Robinsondorf Neunkirchen

6

### 7 Inhaltsverzeichnis:

Antrag	Antragskategorie	Titel	Antragsstellend
A1 – S.3	Überwiesener Antrag	Für eine Neuregelung der Mandatsträgerabgabe – Linke Mandate sind eine soziale Verpflichtung!	KV Saarbrücken
C9 – S.7	Überwiesener Antrag	Jugendhilfe in den Schulen endlich ausbauen und besser vernetzen!	Linksjugend [ ` solid] Saar
E1 – S.8	Ersetzungsantrag	Jugendhilfe in den Schulen endlich ausbauen und besser vernetzen!	Landesvorstand
C13 – S.10	Überwiesener Antrag	Wer nicht ausbildet wird umgelegt - Gute Ausbildung für alle ermöglichen!	Linksjugend [ ` solid] Saar
E2 – S.11	Ersetzungsantrag	Wer nicht ausbildet wird umgelegt - Gute Ausbildung für alle ermöglichen!	Landesvorstand
C14 – S.13	Überwiesener Antrag	Gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland endlich ermöglichen!	Linksjugend [ ` solid] Saar

E3 – S.15	Ersetzungsantrag	Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland endlich ermöglichen!	Landesvorstand
-----------	------------------	---	----------------

8

9

10

11 **Überwiesen an den Landesausschuss:**

12 **Änderungsantrag zu**

13 **Anträge der Linksjugend [` solid] Saar für den Landesparteitag DIE LINKE  
14 SAARLAND 2025**

15 **A. Inhaltliche Anträge**

16 **Antragsnummer: 1**

17 **Antragstitel: Für eine Neuregelung der Mandatsträgerabgabe – Linke Mandate sind  
18 eine soziale Verpflichtung!**

19 **Antragsteller: KV Saarbrücken**

20 **Der Landesparteitag beschließt:**

21 • Diäten von Politiker\*innen müssen sich an einem durchschnittlichen Lohnniveau  
22 orientieren.

23 • Die Linke Saarland geht mit gutem Beispiel voran: Ab sofort sind  
24 Mandatsträger\*innen, die für unseren Landesverband im Bundestag oder im Landtag  
25 sitzen, verpflichtet, nur den Teil ihrer Bezüge privat zu verwenden, der dem Netto  
26 vom mittleren Einkommen (Median-Einkommen) entspricht (bei einer Einzelperson  
27 wären dies derzeit ca. 2800 Euro/ Monat). Pensionsansprüche und ggf.

28 Übergangsgelder sind davon unberührt.

29 • Der darüber liegende Betrag soll neben den satzungsgemäßigen

30 Mandatsträgerabgaben maßgeblich für einen Hilfsfond des Landesverbandes „Die  
31 Linke hilft“ für Menschen in sozialer Not verwendet werden. Auch Zuwendungen für  
32 Organisationen, die den Zielen der Partei Die Linke nahestehen (z.B. Die Tafel, Pro  
33 Asyl), werden als Abgaben anerkannt.

34 • Nebeneinkünfte und Kapitalerträge von linken Mandatsträger\*innen im Bundes- oder  
35 Landtag werden ab dem ersten Euro auf der Homepage der Landespartei transparent  
36 gemacht.

37 • Darüber hinaus legen die Mandatsträger\*innen transparent auf ihrer Homepage oder  
38 der Homepage des Landesverbandes dar, welche Mitarbeitende sie aus den ihnen  
39 über ihr Mandat zur Verfügung stehenden Personalmitteln beschäftigen. Auch  
40 Beschäftigungsverhältnisse auf Minijob-Basis sind offen zu legen.

41 • Bei der Aufstellung der Wahllisten zu Bundestag und Landtag verpflichten sich  
42 Kandidierende verbindlich zur Einhaltung dieses Beschlusses.

43 • Der Beschluss ist vom Landesvorstand durch eine Mehrbedarfsregelung zu ergänzen  
44 beispielsweise für Menschen, die Sorgearbeit für andere leisten, oder die durch  
45 gesundheitliche Einschränkungen überdurchschnittlich finanziell belastet sind. Die  
46 Regelung muss so ausgestaltet sein, dass niemand in eine öffentliche Bittsteller-  
47 Position gedrängt wird.

48 • Der Landesvorstand überwacht die Einhaltung dieses Beschlusses und erstattet dem  
49 Landesparteitag regelmäßig über dessen Einhaltung Bericht.

50

51 **Begründung:**

52 In der öffentlichen Wahrnehmung gerät die parlamentarische Demokratie immer weiter  
53 in Verruf, weil Menschen das Gefühl haben, dass Politiker\*innen immer mehr die  
54 Bodenhaftung verlieren und sich den Interessen von Kapital und Großkonzernen näher  
55 fühlen als der Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Bevölkerung. Auch Die Linke als

56 Partei, die mit ihrem Image als „Kümmererpartei“ der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet  
57 ist, sieht sich nicht davor gefeit, dass einzelnen Personen Parlamentsmandate  
58 ausnutzen, um sich persönlich zu bereichern. Auch besteht wie in allen Parteien die  
59 Gefahr, dass Mandatsträger\*innen die ihnen zur Verfügung stehenden Privilegien und  
60 Ressourcen in erster Linie für den Ausbau der eigenen Machtbasis verwenden und nicht  
61 im Sinne der Partei oder dem Wohle der Allgemeinheit. Um hier als Die Linke  
62 glaubwürdig aufzutreten, sollten wir deutlich machen, dass wir Privilegien für  
63 Politiker\*innen ablehnen und uns für die Bodenhaftung von Politik einsetzen, damit die  
64 Menschen das Gefühl bekommen, dass ihnen und nicht den persönlichen Interessen  
65 Einzelner und ihren Freund\*innen in einflussreichen Positionen in Politik und Wirtschaft  
66 gedient wird. Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass der Großteil der Menschen, die  
67 sich für Die Linke und ihre politischen Ziele im Einsatz sind, sich der Verantwortung  
68 eines Mandates bewusst sind und die damit einhergehenden Privilegien kritisch  
69 reflektieren. Insbesondere in der Bundestagsfraktion haben daher bereits viele  
70 Abgeordnete erklärt, ihre Bezüge auf das durchschnittliche Jahresnetto-Einkommen zu  
71 begrenzen. Auch dürfte der Großteil der Abgeordneten bereits heute großzügig an  
72 soziale und linke Organisationen spenden. Bisher gibt es aber keinen Beschluss auf  
73 Bundesebene, dies für Die Linke als Partei zu generalisieren. Gerade im Saarland mit  
74 einer vergleichsweisen unterdurchschnittlichen  
  
75 Einkommensstruktur macht es aber im Hinblick auf die Außenwirkung Sinn, die  
76 Mandatsbezüge per Beschluss auf ein mittleres Einkommen zu begrenzen. Hierbei  
77 bietet sich das Median-Einkommen an, da dieses jährlich aktualisiert vom statistischen  
78 Bundesamt nachprüfbar ausgewiesen wird. Für das Jahr 2024 lag dieses bei einem  
79 Jahreseinkommen von 52.159 € brutto, was für eine Einzelperson (Steuerklasse I) einem  
80 monatlichen Netto von 2.808 € entspricht. Allerdings spricht sich Die Linke als Partei  
81 auch für ein gutes Leben für Alle aus! Was für einzelne Personen in durchschnittlich  
82 oder überdurchschnittlich privilegierten Lebensverhältnissen zu einem guten Leben  
83 reicht, kann unter anderen Bedingungen prekär sein; so sind insbesondere Personen,  
84 die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen haben oder Menschen mit  
85 gesundheitlichen Einschränkungen einem überdurchschnittlichen Armutsriskiko  
86 ausgesetzt. Hier muss auch berücksichtigt werden, dass eventuelle  
87 Unterstützungsleistungen wie Kinderzuschlag, BaFöG oder Wohngeld beim Bezug eines  
88 Abgeordnetengehalts vom Staat gestrichen würden, auch wenn ein Großteil der Bezüge  
89 abgeführt wird. Daher soll der Landesvorstand eine Regelung ausarbeiten, die es  
90 verhindert, dass Menschen durch diesen Beschluss aufgrund ihrer Lebenssituation von

91 einer Mandatsausübung für Die Linke ausgeschlossen werden. Diese Regelung muss  
92 sicherstellen, dass sich niemand für seine Lebenssituation (partei)öffentlich  
93 rechtfertigen muss, da Die Linke anderweitig Systematiken ablehnt, in denen Menschen  
94 in prekären Verhältnissen zu Bittstellern gemacht werden.

95 Die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse bedingt auch, dass es für einige eine  
96 größere Zumutung ist, Bezüge abzugeben als für andere; z.B. wenn es weitere  
97 Nebeneinkünfte oder Kapitalerträge neben dem Abgeordnetenmandat gibt. Daher sind  
98 diese Einkünfte im Sinne der innerparteilichen Demokratie offen zu legen. Auch soll  
99 Transparenz bezüglich der Beschäftigungsverhältnisse hergestellt wird. Die Möglichkeit,  
100 Personal zu beschäftigten, ist ein Privileg für Mandatsträger\*innen, das nach außen hin  
101 oft nicht gesehen wird. Gleichzeitig bringt es das Parteisystem strukturell mit sich, dass  
102 dieses Privileg anfällig für Machtmissbrauch ist.

103 Zusammengefasst soll der vorliegende Änderungsantrag somit drei Ziele klar und  
104 unmissverständlich herausarbeiten:

105 1. Die innerparteiliche Demokratie wird gestärkt. Denn: Transparente und begrenzte  
106 Einkünfte von Mandatsträger\*innen erschweren den Missbrauch von Privilegien.

107 2. Die Glaubhaftigkeit der Linken nach außen wird gestärkt. Denn: Linke Politiker\*innen  
108 sind nicht abgehoben vom Durchschnitt der Bevölkerung; auch nicht in ihren  
109 Gehältern.

110 3. Die Partei kann effektiv Menschen in Not unterstützen. Denn: Mit dem Geld aus den  
111 Abgaben wird der Unterstützungsfonds „Die Linke hilft“ aufgebaut.

112

113

114

115

116

117

118

119 **Überwiesen an den Landesausschuss:**

120 **2. Tagung des Landesparteitages 28. September 2025**

121 **C. Allgemeine Anträge**

122 **C.9 Jugendhilfe in den Schulen endlich ausbauen und besser vernetzen!**

123 **Antragsstellend: Linksjugend [ `solid] Saarland**

124 **Der Landesparteitag der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

125

- 126       ● Aufgrund der gestiegenen Anforderungen in den schulischen  
127           Bildungseinrichtungen fordern wir eine bessere Vernetzung, zwischen  
128           Schule, dem Jugendamt und den Trägern der Jugendhilfe. Dafür muss auch  
129           eine mit Stellen ausgestattete Koordinationsstelle eingerichtet werden.

130

- 131       ● Außerdem fordern wir eine deutliche Erhöhung der Vollzeitplanstellen für  
132           Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen und eine allgemeine spürbare  
133           Anhebung der Löhne im Erziehungsbereich.

134

135 **Begründung:**

136 Erfolgt mündlich

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

- 147 **Tagung des Landesausschusses 03.Dezember 2025**
- 148 **E. Ersetzungsanträge**
- 149 **E.1 zu C.9 Jugendhilfe in den Schulen endlich ausbauen und besser vernetzen!**
- 150 **Antragsstellend: Landesvorstand Die Linke Saarland**
- 151 **Neuer Titel: Kein neuer Titel**
- 152 **Der Landesausschuss der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**
- 153 Vernetzung von Schule, Jugendamt und Jugendhilfe verbessern:
- 154 • Wir fordern die Einrichtung einer mit Fachpersonal ausgestatteten Koordinationsstelle, die die bereits bestehenden Strukturen und Kooperationen zwischen Schulen, Jugendämtern und Trägern der Jugendhilfe im Saarland bündelt, abstimmt und weiterentwickelt.
- 155 • Diese Stelle soll keine Doppelarbeit zu den Jugendämtern leisten, sondern dort unterstützen, wo übergreifende Abstimmung und langfristige strategische Planung erforderlich sind – etwa an den Übergängen von Kita zu Schule oder Schule zu Jugendhilfe.
- 156 • Ziel ist es, bestehende „runde Tische“ und Kooperationen zu stärken und systematisch zu vernetzen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und die Zusammenarbeit landesweit auf einheitlich hohes Niveau zu bringen.
- 157
- 158
- 159
- 160
- 161
- 162
- 163
- 164
- 165 Mehr Fachkräfte und bessere Arbeitsbedingungen im pädagogischen Bereich:
- 166 • Wir fordern eine gezielte Erhöhung der vollzeitlichen Planstellen für Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen – insbesondere in den Kitas, in der Ganztagsbetreuung und an den Schnittstellen zwischen Schule und Jugendhilfe. Damit soll die hohe Teilzeitquote im Saarland reduziert und der Fachkräftemangel aktiv bekämpft werden.
- 167
- 168
- 169
- 170
- 171 • Gleichzeitig müssen die Arbeits- und Vergütungsbedingungen deutlich verbessert werden. Im Rahmen der bestehenden Tarifverträge sollen die Träger (Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände) gemeinsam mit dem Land daran arbeiten, die pädagogischen Berufe attraktiver zu machen – etwa durch bessere Personalschlüssel, Entlastungszeiten und faire Bezahlung.
- 172
- 173
- 174
- 175
- 176 • Nur mit ausreichend und gut ausgestatteten Fachkräften kann der Anspruch auf gute Bildung und verlässliche Betreuung im Saarland langfristig gesichert werden.
- 177
- 178

179

180 **Begründung:**

181 Erfolgt mündlich

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205 **Überwiesen an den Landesausschuss:**

206 **2. Tagung des Landesparteitages 28. September 2025**

207 **C. Allgemeine Anträge**

208 **C.13 Wer nicht ausbildet wird umgelegt - Gute Ausbildung für alle ermöglichen!**

209 **Antragsstellend: Linksjugend [ `solid] Saarland**

210 **Der Landesparteitag der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

211

- 212     ● Wir fordern die Einrichtung eines umlagefinanzierten Zukunftsfonds nach dem  
213       Bremer Modell, um eine Ausbildungsgarantie zu gewährleisten.
- 214     ● Wir setzen uns für die Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf 1400 Euro  
215       im Monat ein, um Auszubildenden wenigstens zu ermöglichen, von ihrem  
216       Ausbildungsgehalt leben zu können. Für Unternehmen, die diese Summen  
217       nachweislich nicht aufbringen können, sollen Mittel aus dem Zukunftsfond bereit  
218       gestellt werden können.
- 219     ● Wir brauchen in allen Betrieben eine Mindestausbildungsquote von zehn Prozent  
220       der gesamten Arbeitsplätze in dem jeweiligen Betrieb, einen gesetzlichen  
221       Anspruch auf einen Ausbildungsplatz und eine garantierte, unbefristete  
222       Übernahme per Gesetz nach dem Bestehen der Ausbildung. Für die  
223       Unternehmen, die nicht ausbilden, wollen wir eine Ausbildungsumlage  
224       einführen, um damit das Recht auf Ausbildung zu finanzieren.

225 **Begründung:**

226 Erfolgt mündlich.

227

228

229

230

231

232

233

234 **Tagung des Landesausschusses 03.Dezember 2025**

235 **E. Ersetzungsanträge**

236 **E.2 zu C.13 Wer nicht ausbildet wird umgelegt - Gute Ausbildung für alle ermöglichen!**

238 **Antragsstellend: Landesvorstand Die Linke Saarland**

239 **Neuer Titel: Kein neuer Titel**

240 **Der Landesausschuss der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

- 241     • Wir fordern die Einrichtung eines umlagefinanzierten Zukunftsfonds nach dem Bremer Modell, um eine flächendeckende Ausbildungsgarantie zu gewährleisten. Damit soll sichergestellt werden, dass jede\*r Jugendliche im Saarland und bundesweit einen Ausbildungsplatz erhält – unabhängig von der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebs.
- 246
- 247     • Wir setzen uns für eine Mindestausbildungsvergütung ein, die mindestens 80 % der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung aller Branchen beträgt – entsprechend der aktuellen Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Für das Ausbildungsjahr 2025 entspricht dies rund 830 Euro brutto im ersten Ausbildungsjahr. Unternehmen, die diese Vergütung nachweislich nicht aufbringen können, sollen über Mittel aus dem Zukunftsfonds unterstützt werden.
- 254
- 255     • Wir fordern in allen Betrieben eine Mindestausbildungsquote von zehn Prozent der Gesamtbeschäftigte, einen gesetzlichen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz sowie eine gesetzlich garantierte, unbefristete Übernahme nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung. Unternehmen, die nicht ausbilden, sollen verpflichtend eine Ausbildungsumlage entrichten, um damit das Recht auf Ausbildung solidarisch zu finanzieren.
- 261
- 262     • Berücksichtigung von Kleinunternehmen und Handwerksbetrieben: Für Betriebe mit geringer Beschäftigtenzahl oder begrenzten finanziellen Kapazitäten sollen reduzierte Umlagesätze oder Förderausnahmen gelten. Gleichzeitig soll ihnen fachliche Beratung und Unterstützung bei der Ausbildung angeboten werden, damit auch kleine Betriebe ausbilden können, ohne übermäßig belastet zu werden, und Jugendliche weiterhin Zugang zu qualifizierten Ausbildungsplätzen haben.

269

- 270 **Begründung:**
- 271 Erfolgt mündlich.
- 272
- 273
- 274
- 275
- 276
- 277
- 278
- 279
- 280
- 281
- 282
- 283
- 284
- 285
- 286
- 287
- 288
- 289
- 290
- 291
- 292
- 293
- 294
- 295

296 **Überwiesen an den Landesausschuss:**

297 **2. Tagung des Landesparteitages 28. September 2025**

298 **C. Allgemeine Anträge**

299 **C.14 Gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland endlich  
300 ermöglichen!**

301 **Antragsstellend: Linksjugend [`solid] Saarland**

302 **Der Landesparteitag der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**

303

304 DIE LINKE im Saarland fordert die umgehende Ersetzung des konfessionellen  
305 Religionsunterrichts durch einen gemeinsamen Ethikunterricht für alle.

306 Begründung:

- 307     ● Die Forderung entspricht der Beschlusslage des Bundesverbandes der Partei DIE  
308       LINKE und der anderen Landesverbände. DIE LINKE setzt sich für einen  
309       laizistischen Staat und eine säkulare Gesellschaft ein. Dazu gehört die strikte  
310       Trennung von Kirchen und Staat. Dazu gehört auch die Abschaffung des  
311       konfessionellen Religionsunterrichts.
- 312     ● Eine kritische Religionslehre gehört unbedingt an saarländische Schulen. Sie  
313       kann allerdings nur von einem nicht-konfessionellen Standpunkt aus  
314       bestmöglich gewährleistet werden und ist Teil eines gemeinsamen  
315       Ethikunterrichts.
- 316     ● Der konfessionelle Religionsunterricht ist ein Integrationshindernis, da durch ihn  
317       v.a. Schüler:innen mit Migrationsgeschichte oft vom Unterricht ausgeschlossen  
318       sind. Zudem betont die konfessionelle Spaltung die Unterschiede der  
319       Schüler:innen und nicht ihre Gemeinsamkeiten, welche in einem gemeinsamen  
320       Ethikunterricht viel mehr zum Tragen kommen.
- 321     ● Schulunterricht soll Fakten und Erkenntnisse vermitteln. Im Religionsunterricht  
322       werden Kindern und Jugendlichen allerdings in keiner Weise belegbare  
323       Weltbilder z.B. die Schöpfungsgeschichte anstatt der evolutionären Entwicklung  
324       der Natur, beigebracht.
- 325     ● Ethische und moralische Werte, welche alle teilen sollen, sollten auch  
326       gemeinsam im Unterricht behandelt und diskutiert werden.

327

- 328 Begründung:
- 329 Erfolgt mündlich
- 330
- 331
- 332
- 333
- 334
- 335
- 336
- 337
- 338
- 339
- 340
- 341
- 342
- 343
- 344
- 345
- 346
- 347
- 348
- 349
- 350
- 351
- 352
- 353

- 354 **Tagung des Landesausschusses 03.Dezember 2025**
- 355 **E. Ersetzungsanträge**
- 356 **E.3 zu C.14 Gemeinsamen Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland**
- 357 **endlich ermöglichen!**
- 358 **Antragsstellend: Landesvorstand Die Linke Saarland**
- 359 **Neuer Titel: Ethikunterricht für alle Schüler:innen im Saarland endlich**
- 360 **ermöglichen!**
- 361 **Der Landesausschuss der Linken Landesverband Saarland möge beschließen:**
- 362     • Die Linke Saarland fordert, dass an allen Schulen im Saarland ab der ersten Klasse ein festes Angebot für Ethikunterricht eingeführt wird, als gleichwertige Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht.
- 363
- 364
- 365     • Der Ethikunterricht soll allen Schüler:innen offenstehen, die sich gemeinsam mit Fragen des Zusammenlebens, der Gerechtigkeit, Verantwortung und Solidarität auseinandersetzen wollen, unabhängig von Religion oder Weltanschauung. Ziel ist es, gegenseitigen Respekt, Empathie und kritisches Denken zu fördern.
- 366
- 367
- 368
- 369     • Gleichzeitig sollen zentrale Aspekte des Ethikunterrichts, etwa die Förderung von Toleranz, Vielfalt und gemeinsamen Werten und wissenschaftlichen Perspektiven darauf, auch stärker in den konfessionellen Religionsunterricht einfließen.
- 370
- 371
- 372
- 373
- 374
- 375
- 376 **Begründung:**
- 377 Erfolgt mündlich.
- 378
- 379
- 380